

Fachtagung

„Alle in einem Boot – Kommunen im Wandel“

27. und 28. April 2010 in Saalfeld

**Handlungserfordernisse für die
kommunale Praxis: Partizipation
und bürgerschaftliches
Engagement**

Prof. Dr. Thomas Olk

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

Gliederung

- I. Warum ist bürgerschaftliches Engagement für die Kommunen wichtig?**
- II. Grundidee des Konzepts der Bürgerkommune**
- III. Merkmale der Bürgerkommune**
- IV. Schlussfolgerungen und Ausblick**

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

I. Warum ist bürgerschaftliches Engagement für die Kommunen wichtig?

- neue Herausforderungen für die Kommunen
 - Demographischer Wandel (älter und bunter)
 - fiskalische Krise
 - zunehmende Heterogenität der Bevölkerung
 - soziale Desintegration und Spaltung
 - Abstieg von Wohnquartieren

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

I. Warum ist bürgerschaftliches Engagement für die Kommunen wichtig?

- Legitimations- und Effektivitätskrise kommunaler Politik
 - Politik- und Parteienverdrossenheit
 - abnehmende Wahlbeteiligung
 - abnehmende Problemlösungskapazität

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

I. Warum ist bürgerschaftliches Engagement für die Kommunen wichtig?

➤ wachsende Attraktivität neuer Formen des Regierens (Leitbild Bürgerkommune)

- Einbezug der Ressourcen des privaten Sektors und der Bürgerschaft
- Bildung von Netzwerken aus kommunalen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren
- Bedeutungszuwachs von nicht-staatlichen Trägern, Betroffenen, gesellschaftlichen Akteuren, Wirtschaftsvertretern

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

II. Grundidee des Konzepts der Bürgerkommune

- stärkerer Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsbeteiligung und in die Produktion kommunaler Leistungen

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

➤ Erwartungen an die Bürgerkommune

- Steigerung der Legitimität und Akzeptanz des politisch-administrativen Handelns
- Bekämpfung von Politikverdrossenheit und Wiedergewinnung der Bürger für das politische Gemeinwesen
- Verbesserung der Ergebnisse des politisch-administrativen Handelns
- finanzielle Entlastungen

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

III. Merkmale der Bürgerkommune

- Unterstützende Infrastruktur
- Neugestaltung des Kräfterdreiecks zwischen Bürgern, Kommunalvertretung und Verwaltung
- neues Zusammenspiel von repräsentativen, direkten und kooperativen Demokratieformen

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

III. Merkmale der Bürgerkommune

Dimension 1: Beteiligung an Entscheidungs- und Planungsprozessen

- Förderung der Auftraggeberrolle des Bürgers

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

III. Merkmale der Bürgerkommune

Dimension 2: Beteiligung der Bürger an der Leistungserstellung

- Förderung des Bürgers als „Mitgestalter“

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

Neuere Entwicklungen

- Veränderungen in den Rahmenbedingungen, wie wachsende soziale Polarisierung, Verfestigung von Armutslagen, soziale Folgen einer multiethnischen Gesellschaft, lassen neue Erwartungen an das Konzept der Bürgerkommune entstehen (Neuvermessung des Konzepts)
- in innovativen Städten und einigen Städtenetzwerken, die in den letzten Jahren gegründet wurden, stehen daher „harte“ Problemlagen (und nicht nur Demokratisierung) stärker im Mittelpunkt von Konzepten der Bürgerkommune

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

Neuere Entwicklungen

Neue Prioritäten/Ziele/Strategien:

- Bekämpfung von Desintegration und Ausbildung von Parallelgesellschaften durch gezielten Einbezug von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund (z.B. Stadtteilmütter, etwa in Augsburg)
- Bekämpfung von Kinderarmut durch Initiierung und Unterstützung quartiersnaher sozialer Netze und Dienstleistungsangebote für Kinder und Eltern unter Einbezug engagierter Bürger

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

Neuere Entwicklungen

Förderliche Rahmenbedingungen:

- Engagementförderung als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe
- Verankerung des Themas bürgerschaftliches Engagement in möglichst allen Ressorts (Kultur, Soziales, Kinder- und Jugendhilfe, Stadtentwicklung, Beschäftigungspolitik, etc.)
- Orientierung der Verwaltung am Sozialraum
- Schaffung einer dialogfähigen Verwaltungskultur
- klarer Ansprechpartner für engagierte Bürgerinnen und Bürger

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

- Qualifizierungs- und Weiterbildungsprozesse (z.B. Prozessmoderatoren, Qualifizierung des Verwaltungspersonals für die Interaktion mit dem Bürger, etc.)
- eine Anerkennungskultur, in der alle Engagementformen prinzipiell gleichberechtigt sind
- dezentrale Budgets, mit denen flexibel auf Bedürfnisse von Bürgern und Vereinen im Rahmen der Engagementförderung eingegangen werden kann
- partizipative Bürgerhaushalte

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

Neuere Entwicklungen

Förderstrategie:

- eine gezielte und bewusste Politik der Aufgabenübertragung
- Initiierung bzw. Unterstützung horizontaler Netzwerke aus kommunaler Politik und Verwaltung, (nicht-)organisierten Bürgern und örtlichen Unternehmen
- Entwicklung einer lokalen Infrastruktur (Freiwilligenagenturen, Anlaufstellen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, etc.)

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

- Bürgerstiftungen
- Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen (Kitas, Schulen, Sozialstationen, Altenheime, etc.) für bürgerschaftliches Engagement
- Schaffung und Unterstützung neuer Formen sozialer Dienste, die von vornherein auf einen Mix von Hauptamtlichen und Engagierten aufbauen (Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, Mütterzentren, etc.)

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

IV. Schlussfolgerungen und Ausblick

- der Einbezug und die Aktivierung eines möglichst breiten Spektrums von Bürgergruppen erfordert ein anspruchsvolles Partizipationsmanagement
- Kriterien und Qualitätsstandards:
 - an den Eigeninteressen und Lebensstilen der Betroffenen ansetzen
 - Hemmschwellen der Beteiligungsformen gering halten

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

- eine Anlauf- und Informationsstelle anbieten
- den Gestaltungsspielraum klar und transparent benennen
- eindeutige Unterstützung durch Politik und Verwaltung einwerben
- Beteiligung bei Projekten in einem frühen Stadium ermöglichen, wenn Grundsatzfragen noch offen sind

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

IV. Schlussfolgerungen und Ausblick

- kommunale Politik und Verwaltung sollten eine Leadership-Rolle einnehmen

Indikatoren:

- klare Vision für das Gebiet artikulieren
- Bürgerstolz aufbauen, die Vorteile des lokalen Lebensraumes herausstellen und entsprechende Unterstützung mobilisieren
- Partnerschaften entwickeln, die ein gemeinsames Interesse an den Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaft entwickeln

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

- komplexe soziale Fragen angehen (Fragmentierung der Verwaltung überwinden)
- Unterstützung und Zusammenhalt aufbauen, indem unterschiedliche Interessen koordiniert und Leute „bei der Stange“ gehalten werden

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

IV. Schlussfolgerungen und Ausblick

- Vorkehrungen und Verfahren etablieren, die eine Verkopplung der Beteiligungsergebnisse direkter Partizipationsgremien mit repräsentativ-demokratischen Institutionen sicherstellen (Interdependenz-Management)
 - thematische Eingrenzung und ergebnisorientierte Moderation von Bürgerbeteiligungsgremien
 - Beteiligung von Ratsmitgliedern an den Bürgerforen, zeitliche Abstimmung der Entscheidungsproduktion in Bürgerforen mit den Zeitplänen des Rates

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

IV. Schlussfolgerungen und Ausblick

➤ grundsätzliche Einschätzung:

- die Problemlösungsfähigkeit von Kommunen kann durch die Zusammenarbeit von kommunaler Politik und Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaftsunternehmen gesteigert werden
- strittig bleiben Artikulationsformen wie unbequeme Bürgerproteste und Konflikte über Standortfragen
- aus der Sicht kommunaler Politik und Verwaltung wird immer noch zu sehr der Bürger als „Gratisarbeiter“ und weniger der Bürger als zivilgesellschaftlicher Aktivbürger (Citoyen) erwartet

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

- Netzwerke intersektoraler Kooperation sind eine Ergänzung und keineswegs ein Ersatz für repräsentative Entscheidungsgremien und kommunale Verwaltung
- Interessenkonflikte, deren Lösung Gewinner und Verlierer erzeugen, sind nur über Mehrheitsentscheidungen im Kommunalparlament entscheidbar

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement in Kommunen

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Email: thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de